

„Stolz auf die deutsche Führung seit 1933“

Brief des früheren Plöner Landrats Alfons Galette aus der NS-Zeit entdeckt

Plön – Der frühere Landrat Alfons Galette gilt als einer der engagiertesten Kommunalpolitiker des Kreises Plön in der Nachkriegszeit. Zwei Jahre nach seinem Tod ist nun ein Brief aus dem Mai 1945 aufgetaucht, der Galette in einer ungehaltenen Rede zeigt: die eines überzeugten Nationalsozialisten.

Von Hans-Jürgen Schekahn

Galette war nach einer schweren Kriegsverwundung in Russland erstmals zwischen 1943 und 1945 als Landrat des Kreises Plön tätig. Später übernahm er dieses Amt noch einmal zwischen 1961 und 1978.

Das nun aufgetauchte Schreiben an die Bürgermeisterei des Kreises ist datiert vom 7. Mai 1945, als bereits britische Truppen die Kontrolle in der Region übernommen hatten. Nach hartnäckigen Dienstverweigerungen schließt der Brief mit persönlichen Anmerkungen. Galette spricht darin von „Stolz auf die Leistungen der deutschen Führung seit 1933“. Weiter fordert er die Amtsträger auf, „besonders nichtwürdige Elemente“ zu denunzieren und deren Namen zu veröffentlichen. Er warnt vor einer „Nüchternen Unwürdigkeit“ gegenüber den britischen Besatzungstruppen. Galette wurde noch Anfang Mai von den Briten verhaftet und für 16 Monate interniert. Nach seiner Ge-



Alfons Galette arbeitete sich zwischen 1961 und 1978 als Landrat großer Verdienste um den Kreis Plön. Ein Brief aus dem Jahr 1945 wirft nun die Frage auf, wie tief Galette in das nationalsozialistische Fliegen verstrickt war. Foto: Archiv

fangenschaft begann er seine Verwaltungskarriere im Kreis. Innenministerium. Er starb 2006 im Alter von 81 Jahren.

Die Haltung und die harte Sprache des Schreibens stehen im krassen Gegensatz zu der allseits anerkannten Arbeit, die Galette als Landrat in späteren Jahren leistete. Er gründete das Lesemittelwerk für Behinderte, die Kreiswerkstatt für die Kreiswerkstatt und die Kreismusikschule. Er half, den ersten Tourismusverband im Kreis zu gründen. Als ein seiner

Zeit gewesen. Koerfälle sei eine Verstrickung in das nationalsozialistische Regime für eine Person in einer so hohen Leistungsfunktion nichts Ungewöhnliches. Bemerkenswert findet Dölger dass er insgesamt wenig Unterlagen aus der Zeit des Dritten Reiches gibt, die an Zusammenhang mit Galettes Tätigkeit als Landrat seien.

Der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKNS) sieht es als dringliche Aufgabe an, Galettes Aktivitäten als Landrat zwischen 1943 und 1945 kritisch zu untersuchen. „Vermutlich wird sich dabei ein aus heutiger Sicht widersprüchliches Bild herauskristalisieren“, so der AKNS-Vorsitzende Kay Döhrke. Der Kreis Plön erhebe das, was bereits in anderen Orten in Deutschland passiert sei. Man entdecke tragische Dokumente aus der NS-Zeit, die einer später verdienten Bürger verfallen hat. Aber auch überzeugte Nationalsozialisten hätten später Einsicht gezeigt und ihre Ansichten und Verhalten geändert. Dieses Recht müsse man Galette uneingeschränkt zugestehen.

Das Galette-Briefschreiben aus dem Jahr 1945 hat Kreisorgane der Stadt Plön plant, eine Straße in einem Neubaugebiet in Stadtteile nach ihm zu benennen. Die Ratversammlung wollte diesen Beschluss gestern Abend rückgängig machen.

Der Plöner Historiker Karsten Dölger fand den Brief bei seinen Forschungen im Stadtarchiv. „Zu diesem Zeitpunkt war es nicht mehr nötig, so etwas zu schreiben“, urteilt er über den Akt. Der Tonfall sei allerdings typisch für diese

Quelle: Ostholsteiner Zeitung 4.9.2008

Ein Skandal wird öffentlich: der erste Zeitungsbericht über das Problem Alfons Galette

Keine Alfons-Galette-Straße für Plön

Dokumentation einer Auseinandersetzung um Geschichte

Als die Stadtvertretung Plön im Frühjahr 2008 die Benennung einiger neuer Straßen beriet, hätten die Mitglieder wissen können, dass nicht alle Vorschläge ohne Widerspruch bleiben würden. Man hatte sich darauf geeinigt, die Lebensleistung verdienter Kommunalpolitiker auf diese Weise zu würdigen. Beschlossen worden war neben anderen auch der Vorschlag, den 2006 im Alter von 91 Jahren verstorbenen Alfons Galette, CDU-Landrat des Kreises von 1961 bis 1979, durch Straßenbenennung zu ehren. Der promovierte Jurist Galette galt als herausragender Kommunalpolitiker der sechziger und siebziger Jahre, als Initiator und Unterstützer zahlreicher kultureller und infrastruktureller Einrichtungen und als verdientvoller Autor einer ganzen Reihe von Beiträgen im *Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön*.

Allerdings hatte der Redakteur der *Kieler Nachrichten*, Hans-Jürgen Schekahn, bereits in seinem Nachruf vom September 2006 in Erinnerung gerufen, dass Alfons Galette in den letzten Kriegsjahren von 1943 bis 1945 bereits stellvertretend die Geschäfte des Landrats im Kreis Plön wahrgenommen hatte. Auch Galette selbst hat diese Station seines Werdegangs nie verschwiegen. In seinem 1985 im *Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön* erschienenen Aufsatz „Erinnerun-

gen an die letzten zwei Kriegsjahre im Kreis Plön“ berichtet er von der Übernahme der Amtsgeschäfte im Juni 1943. Er sei vom „preußischen Innenminister mit der Führung der Geschäfte des im Kriegsdienst stehenden Landrats Meyer beauftragt“ worden. Und weiter heißt es, „mir war die Berufung nach Plön recht, weil ich hier schon vor dem Kriege ein Jahr lang als Regierungsreferendar tätig gewesen war“ (S. 33). Mit Hinweisen auf Auseinandersetzungen mit dem amtierenden stellvertretenden Kreisleiter [der NSDAP, d. Vf.]“ (S. 34) distanziert sich Alfons Galette von der nationalsozialistischen Führung. Durch den offensiven Umgang mit der Vergangenheit beansprucht er gleichzeitig auch die Deutungshoheit.

Aus eigener Recherche zur Geschichte des Nationalsozialismus in Plön waren dem Verfasser Schriftstücke aus der Feder Galettes bekannt, die dem von ihm selbst gezeichneten Bild nicht entsprachen und eine Ehrung mit einer Straßenbenennung nach ihm auszuschließen schienen. Ein entsprechendes Schreiben an den parteilosen Bürgermeister Jens Paustian führte zur Information der Stadtvertretung über den Sachverhalt. Da eine Revision einer bereits erfolgten Beschlussfassung in öffentlicher Sit-

zung für notwendig gehalten wurde, erfuhr die Presse von dem Vorgang. Die Stadtvertretung nahm den ursprünglichen Beschluss umgehend und einstimmig zurück. Bürgermeister Paustian und der Bürgervorsteher Hans-Jürgen Kreuzburg signalisierten den Wunsch nach zukünftig enger Zusammenarbeit mit und Beratung durch den Verfasser und baten um Mitarbeit bei der Gestaltung der von der Stadt Plön auszurichtenden Feier zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010.

Die öffentliche Debatte um die Rücknahme der Straßenbenennung führte im Rahmen des Geschichtsunterrichts am Schiller-Gymnasium Preetz zu einem Projekt, in dem sowohl die Kenntnisse über den ehemaligen Landrat Galette vertieft als auch die Auseinandersetzungen um die Wertung thematisiert werden sollten. Eine weitere Aufarbeitung des Gegenstandes erscheint wünschenswert, um zu einer vergleichenden Einordnung der Vorgänge in Plön zu kommen.

Im Folgenden wird die öffentliche Auseinandersetzung dokumentiert, die die Revision des Beschlusses der Plöner Stadtvertretung im September 2008 in der Regionalpresse auslöste und begleitetete.

Karsten Dölger

ALFONS GALETTE

Zitate

Auszug aus einem Schreiben des damaligen amtierenden Plöner Landrats Alfons Galette an die Bürgerversammlung am 7. Mai 1943. (Hilfsarchiv Plön Nr. 1533.)

„I Meine Herren Bürgermeister und Ämtenvorsteher, der Kreis Plön ist Besatzungsgebiet geworden. Da wir dem Gegner im Kampf unterlegen sind, haben wir uns mit dieser Sachlage schweren Herzens abzufinden. Wir haben ihm gegenüber aber mit der Gesamtheit unserer Bevölkerung die Würde und anständige Charakterhaltung zu bewahren, zu der uns der Stolz auf die Leistungen unserer Front und unserer Heimat in sechs Kriegsjahren und weiter der Stolz auf die Leistungen der deutschen Führung seit 1933 berechtigt. Wir haben nicht das Recht, im Verfolg einer falsch verstandenen Unterwürfigkeit alles, was gewissen ist, als lastigen Ballast von uns zu werfen. Mit einer solchen Haltung würden wir uns nicht nur die Verachtung der kommenden deutschen Geschlechter, sondern auch die des Gegners zuziehen. Ich erwarte daher von Ihnen alles, daß sie nicht nur ihr eigenes Verhalten in diesem Sinne strichtigen, sondern auch in gleicher Weise auf die Bevölkerung ihre Gemeinde einwirken. Ich empfehle, besonders nichtswürdige Elemente, die ihre wertlose Gezirung in besonders krasser Weise zum Ausdruck bringen, durch entsprechende Aushang am schwarzen Brett der ganzen Bevölkerung bekannt zu machen.“

Auszug aus einem Vortrag von Alfons Galette, den er am 8. Mai 1943 beim Rotary-Club Plön hielt. „Erinnerungen an die letzten zwei Kriegsjahre im Kreise Plön“ veröffentlicht im Jahrbuch für Heimatkunde im Kreise Plön (1943, Seite 23 - 49).

„Um den 3. u. 4. Mai habe ich noch ein Handschreiben an alle Bürgermeister verfaßt, mit dem ich sie zu ungeänderter Pflichterfüllung und zur Sorge um die Wahrung einer würdigen Haltung auch gegenüber den einrückenden britischen Truppen aufforderte.“

An gleicher Stelle: „Niemand in aller Zukunft aber möge jemals wieder jene Zeit erleben, die nun vierzig Jahre zurückliegt. Wer sie erlebt hat, weiß um den Wahnsinn eines Krieges und um die Leuchttätigkeit jeder Politik, die nicht alles unterminiert, ihn mit allen Mitteln zu verhindern.“

Quelle: Ostholsteiner Zeitung 4.9.2008

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Zuschriften werden nur mit vollem Namen und unter Angabe des Wohnortes oder der persönlichen E-Mail-Adresse veröffentlicht. Auswahl und Kürzung beruht sich die Redaktion vor.

Emotionsgeladene Tage

Zu „Stolz auf die Führung seit 1933“, KN vom 4. September

Es ist schade, dass zwei Jahre nach dem Tod des verdienten Plöner Landrats Galette diesem nun ein Mäkel angehängt werden soll. In schwerer Zeit hat Herr Galette vertretungsweise die Amtsge-

schäfte geführt. Eine außergewöhnlich belastende und nervenaufreibende Zeit waren für einen verantwortlichen Landrat die Tage des Kriegsendes. Dazu gehörten die Aufnahme der alten und neuen Reichsregierung, die Unterbringung der Flüchtlinge, der Einmarsch der Engländer, weitere Durchführung der Verwal-

lung sowie Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Disziplin. Wenn ihm in diesen emotionsgeladenen Tagen ein Saufzug, der heute Anstoß erregt, kann dieses nur jemanden aufregen, der sich nicht vorstellen kann, was damals los war.
Hanns Vorreiter
Schönkirchen

Quelle: Ostholsteiner Zeitung 6.9.2008

LESERBRIEFE

Zuschriften werden nur mit vollem Namen und unter Angabe des Wohnortes oder der persönlichen E-Mail-Adresse veröffentlicht. Auswahl und Kürzung beruht sich die Redaktion vor.

„Tote sollte man ruhen lassen“

Zu „Stolz auf die Führung seit 1933“, Ostholsteiner Zeitung vom 4. September

Der Herr Dr. Galette kann sich nicht mehr wehren. Tote sollte man ruhen lassen. Diese „Neunmalklugen“ der Ratsversammlung, die die Zeit überhaupt nicht erlebt haben, wollen richten? Haben die Herren und Damen nichts anderes zu tun? Die sollen sich um die Gegenwart kümmern und die Zeit nicht verplumpern. Die Familie von Dr. Galette kann bestimmt darauf verzichten, dass dem Vater eine Straße gewidmet werden sollte.
Feinlich primitiv!
Ingeborg Mayer
Plön

Quelle: Ostholsteiner Zeitung 9.9.2008

„Was hat diese Kompetenz verbrochen?“

Zum selben Thema

Ich bin für eine Dr.-Alfons-Galette-Straße und gegen diese Entscheidung unserer momentanen Ratsversammlung! Herr Dr. Galette ist viermal in diese hohe Verantwortung gewählt worden. Warum wohl nur? Selbstverständlich dürfen wir heute die Vergehen und Taten von gestern nicht vergessen. Nur was, außer seiner damaligen Einstellung schriftlichen Ausdruck in der Öffentlichkeit zu verleihen, hat diese Kompetenz von Landrat denn getan bzw. verbrochen? Ich hoffe sehr für alle Betroffenen, dass weder Herr Karsten Dölger noch die Mitglieder unserer unausgewählten Plöner Ratsversammlung nur so wenig Dreck am Stecken haben wie unser alter gesegneter Landrat.

Wolfgang Weber
Plön

Quelle: Ostholsteiner Zeitung 9.9.2008

„Diese Weitsicht kann ich nur bewundern“

Zum selben Thema

Der Beschluss der Plöner Ratsversammlung, Alfons Galette keine Straße zu widmen, ist erbärmlich und beschämend. Unverständlich ist zudem, dass vor dem Beschluss keine Aussprache erfolgte. Sonst wäre vielleicht einem Ratsmitglied aufgefallen, dass ein Landrat mit Kritik an der deutschen Führung vor der Kapitulation Kopf und Kragen riskiert hätte.

Dr. Galette stand dem nationalsozialistischen Gedankengut sicher nicht allzu kritisch gegenüber, sonst wäre er wohl auch nicht bis zum Kriegsende Landrat des Kreises Plön geblieben. Man fragt sich natürlich, warum er überhaupt am 7. Mai 1945 an die Bürgermeister des Kreises schrieb.

Ich verstehe sein Schreiben so: Dr. Galette wollte seinen Beitrag dazu leisten, dass die Bürger des Kreises Plön trotz des verlorenen Krieges sich die Achtung vor sich selbst und eine würdige Haltung im Umgang mit den Besatzungstruppen bewahren sollten. Damit wollte er sicher auch den Gedanken an Kollektivschuld und -schatz entgegenwirken, die sich gleich nach Kriegsende in der Bevölkerung breit machten und Jahrzehnte lang tief im deutschen Volk verwurzelt blieben. Diese Weitsicht von Dr. Galette kann ich nur bewundern. Er war seiner Zeit um Jahrzehnte voraus. Dr. Galettes Lebensleistung für die Bürger und Bürgerinnen des Kreises Plön in 18 Jahren zwischen 1961 und 1979 war eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die weit höher hätte bewertet werden müssen als sein 60 Jahre alter Brief aus der Nazi-

Dr. Claus Fleischer
Plön

Quelle: Osthölsteiner Zeitung 9.9.2008

An Unrecht grenzende Verkennungen

Zum Artikel „Stolz auf die Führung seit 1933“, Osthölsteiner Zeitung vom 4. September

Weil ich für eine gründliche Aufarbeitung der zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft bin und auch für die Unterrichtung der Schüler über diese Zeit – möglichst mit ortsnahen Beispielen – halte ich historische Genauigkeit für nötig. Der Vorgang um die Ablehnung des Namens Galette für eine Straße in Plön zeigt an Unrecht grenzende Verkennungen!

Am Tag vor der Kapitulation entstand ein Text, der offensichtlich keine nationalsozialistischen Ziele verfolgte, sondern der von Verantwortungsbewusstsein getragen formuliert wurde, um vor Ort sich überlassenen Verwaltungsträgern Mut und Anleitung zu geben. Der Satz-Teil vom „Stolz auf die Leistungen der deutschen Führung seit 1933“ ist keine Aussage über Galettes persönlichen Stolz – sondern ein Appell an den Stolz der Adressaten.

Für unser heutiges Empfinden ist dieser Satz ein starker Stolperstein. Für den Wissens- und Informations-Stand damals sieht das anders aus. Es gab noch keinen Holocaust, keine Verbrechen der Wehrmacht – es gab die Vertreibung der jüdischen Familie aus Behl – aber von getöteten Juden hatte ich noch nichts gehört. Diese Erkenntnisse kamen dann schlagartig und schmerzlich. Damit war es gründlich vorbei, noch stolz zu sein!

Dorothee Löffler
Plön

Quelle: Osthölsteiner Zeitung 12.9.2008

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Zuschriften werden nur mit vollem Namen und unter Angabe des Wohnortes oder der persönlichen E-Mail-Adresse veröffentlicht. Auswahl und Kürzung behält sich die Redaktion vor.

„Reuebekenntnis ist nicht bekannt“

Betr.: Berichte und Leserbriefe zum Beschluss der Stadt Plön, dem ehemaligen Landrat Alfons Galette keine Straße zu widmen

Als Geschichtslehrer am Friedrich-Schiller-Gymnasium in Preetz habe ich mit Entsetzen gelesen, dass es auch im Jahre 2008 noch Mitbürger gibt, die bereit sind, die Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus (von 1933 bis 1945) zu beschönigen, zu vertuschen oder zu leugnen. Anders können die Leserbriefe zum Fall des ehemaligen Plöner Landrats Galette nicht interpretiert werden.

Es wird u.a. gefragt, was Alfons Galette „denn getan“ habe? Die Antwort ist doch ganz offensichtlich: Galette gehörte zu den Tausenden und Abertausenden, die nach 1945 einer frühen, ehrlichen und intensiven Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit und einer wirklichen Demokratisierung Deutschlands im Wege gestanden oder sie systematisch verhindert haben. Wie konnte es geschehen, dass Personen mit einer derartigen politischen Vergangenheit schon in den 40er Jahren wieder als Beamte im schleswig-

holsteinischen Innenministerium beschäftigt wurden? Natürlich hätte Galette 1961 zum Landrat des Kreises Plön gewählt werden können – sofern er denn öffentlich sein Fehlverhalten aus der NS-Zeit eingestanden hätte! Ein solches Reuebekenntnis ist aber nicht bekannt, und deshalb spricht es gegen die Abgeordneten des Plöner Kreistages, wenn sie diesen Landrat mehrfach bestätigt haben.

In den vergangenen Jahren ist anstatt der Eindruck entstanden, dass die intensive Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus so langsam beendet werden könnte. Die aktuellen Plöner Ereignisse im Fall Galette beweisen jedoch das Gegenteil.

Der renommierte Historiker Karsten Dölger hat in den zurückliegenden Jahren einiges zur Aufarbeitung dieses Teils der deutschen Geschichte beigetragen, er sollte vom Kreis Plön beauftragt werden, das politische Wirken des ehemaligen Landrats umfassend wissenschaftlich zu erforschen.

Uwe Fentsahm
Brügge

Quelle: Osthölsteiner Zeitung 19.9.2008

Inszenierung demokratischer Legitimation

„Wahlen in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts“.

Ein Tagungsbericht

Vom 7. bis 9. Mai 2009 fand in Köln am Historischen Seminar der Universität eine internationale Konferenz unter dem Titel Wahlen in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts / Elections under 20th Century Dictatorships statt. Frank Omland hielt im Panel I (Plebiszite im faschistischen Italien, NS-Wahlen in Deutschland / The function of elections and plebiscites in Fascist Italy and Nazi Germany) einen englischsprachigen Vortrag.¹

Bei den Volksabstimmungen und Wahlen im „Dritten Reich“ handelte sich um von den Nationalsozialisten wohl kalkulierte Momente der Massenmobilisierung, in denen der Einzelne durch performative, rituelle Akte ins Kollektiv der „Volksgemeinschaft“ eingebunden und seine Zugehörigkeit und gleichzeitig seine Unbedeutsamkeit in der Masse für ihn sinnlich erfahrbar wurden.

Es gab fast keine Möglichkeit, nicht zur Abstimmung zu gehen. Wer bei der Reichstagswahl 1936 trotz Marschmusik nicht früh morgens am Sonntag aufstand und zur Urne ging, wurde mit großer Wahrscheinlichkeit bald vom sogenannten „Wahlschleppdienst“ zu Hause besucht, der ihn daran erinnerte, dass er seiner „Wahlpflicht“ nachkommen müsse. Wer sich widersetzte oder eine Nein-Stimme abgab, musste mit Sanktionen durch die Sondergerichte rechnen. Schon wer die Wahlkabine benutzte, um tatsächlich geheim zu wählen,

machte sich verdächtig. Wahltage waren also nicht nur Feste mit Aufmärschen und Musik, sondern auch Tage der sozialen Kontrolle, der Disziplinierungsmaßnahmen der Regierung und ein Unterwerfungsritual der Bevölkerung.

Welcher sozialen Kontrolle waren die Bürger im NS-Regime an Wahltagen unterworfen? Welche Handlungsspielräume hatten sie? Wie erlebten sie den Festcharakter der Wahl? Und wie liefen Wahltage in den anderen „modernen Diktaturen“ des 20. Jahrhunderts – dem faschistischen Italien und den (post-) kommunistischen osteuropäischen und asiatischen Diktaturen – ab?

Fragen wie diesen widmete sich vom 7. bis 9. Mai 2009 die internationale Konferenz „Elections under 20th Century Dictatorships“ an der Universität zu Köln. Die Veranstalter Ralph Jessen (Köln) und Hedwig Richter (Bielefeld) stellten die Hypothese auf, dass die pseudo-demokratischen Wahlen in den

Diktaturen des 20. Jahrhunderts mehr waren als bloße Propagandamittel.

Sie fragten nach den verschiedenen Funktionen dieser Abstimmungen und nach Einblicken, die sie in das Funktionsgefüge von Regimen liefern könnten. Sie luden die Teilnehmer dazu ein, das Thema gemeinsam durch eine komparative und interdisziplinäre Herangehensweise zu beleuchten und dabei eine von der Forschung bisher vernachlässigte „bottom-up“-Perspektive einzunehmen, also das Hauptaugenmerk auf die Handlungsoptionen, Sinnkonstruktionen und Erfahrungsbestände der Wähler zu richten, ohne allerdings die Intentionen des Regimes und der herrschenden Eliten außer Acht zu lassen.

Im Panel zu den Wahlen im NS-Regime und im faschistischen Italien machte Frank Omland (Hamburg) mit seinem Vortrag den Anfang. Er berichtete über die nationalsozialistischen Reichstagswahlen und Plebiszite von 1933 bis 1938 am Beispiel von Schleswig-Holstein. Diese Region war von 1928 bis 1933 eine der Hochburgen der NSDAP; in den frühen 30er Jahren feierte sie hier ihre größten Wahlerfolge. Interessanterweise erzielte die Partei dort aber bei den Wahlen in der Zeit der Diktatur nur Ergebnisse, die – gemessen am gesamten Reich – unter dem Durchschnitt lagen.

Omland vermutete, dass zumindest bis 1934 bei Abstimmungen in

Schleswig-Holstein Nein-Stimmen noch partiell möglich waren. Weiterhin berichtete er über allgemeine Charakteristika der Wahlen im NS-Regime. Er schilderte anschaulich ihre rechtlichen Grundlagen und die meist kurzfristig erfolgende, aber immer professioneller werdende Vorbereitung der Abstimmungen durch die NSDAP-Propaganda. Die Partei trat im Wahlkampf thematisch in den Hintergrund und funktionierte jeden Urnengang zu einer Wahl für oder gegen Adolf Hitler um. Die Abstimmung wurde dadurch personalisiert und emotionalisiert, und die hohen Wahlergebnisse um die 90 Prozent konnten im In- und Ausland als Beweis für die „Einheit von Führer und Volk“ propagiert werden.

Omland schilderte weiter den stark sozial kontrollierten Ablauf des Wahltags selbst und die Möglichkeiten der Wahlmanipulation durch die NSDAP, die nicht nur seit 1933 als einzige Partei zur Wahl stand, sondern auch ab spätestens 1936 alle Positionen in den Wahllokalen inne hatte und die Stimmen ohne Aufsicht auszählen durfte. Abschließend wägte er ab, inwieweit man die Wahlergebnisse als Gradmesser für eine Zustimmung bzw. Ablehnung des NS-Regimes durch die Deutschen werten könne.

Ebenfalls mit Wahlen im NS-Staat beschäftigte sich der Vortrag von Markus Urban (Nürnberg). Er untersuchte die Selbstinszenierung des Regimes als plebiszitäre Dikta-

1. Ein umfassender Tagungsbericht der Verfasserin mit Informationen über alle vier Panels findet sich online in: H-Soz-u-Kult, 08.07.2009, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2670>.

tur anhand der Reichstagswahlen, den Referenden und der NSDAP-Parteitage.

Die Nationalsozialisten führten in der Zeit von 1933 bis 1938 vier Wahlen durch, je drei Parlamentswahlen und drei Plebiszite. Zweimal – in den Jahren 1933, als es um den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ging, und 1938, als der Anschluss Österreichs im Nachhinein legitimiert werden sollte – wurden Reichstagswahl und Volksabstimmung miteinander gekoppelt. Der Deutsche Reichstag war allerdings bereits ab 1933 ein rein nationalsozialistisch besetztes Marionettenparlament Hitlers, der das Parlament nur nutzte, um wichtige innen- und außenpolitische Reden medienwirksam zu inszenieren.

Ähnlich wie Omland sah Urban die Hauptfunktion der Wahlen in Nazi-Deutschland als Demonstration der Einmütigkeit von „Volk und Führer“, die ihr neues „wahres“ Konzept der Demokratie besonders auch gegenüber dem Ausland veranschaulichen sollten. Dieselbe Funktion schrieb er auch den Parteitag zu, die über einen immer größeren Zeitraum mit immer mehr Menschen in Nürnberg veranstaltet wurden. Sie waren ebenfalls ein Teil der permanenten Massenmobilisierungsstrategie des NS-Regimes und für den Einzelnen hoch emotionalisierte, sakralisierte, rituelle Akte, in denen Hitler einen direkten Kontakt zur Bevölkerung herstellen konnte.

Die Parteitage waren also für die Deutschen inkludierende Momente der Selbstvergewisserung als Gruppe, während sie für Hitler – Urban zufolge mehr noch als die Wahlen – die Möglichkeit zur Inszenierung einer demokratischen Legitimation, einer Verbindung zum „Volk“ und einer mythischen Führergestalt bereitstellten.

Im Anschluss wandte sich die Konferenz den Wahlen im faschistischen Italien zu. Paul Corner (Siena) analysierte in seinem Beitrag die große Bedeutung der nationalen Einheit Italiens und ihre Darstellung bei Plebisziten durch den Faschismus. Im Gegensatz zu Hitler schaffte Mussolini Mitte der 20er Jahre jegliche Form von Wahlen ab. Selbst innerhalb seiner Partei PNF (Partito Nazionale Fascista) gab es keine Abstimmungen mehr, und Stellen wie etwa die Bürgermeisterämter wurden von oben besetzt.

Warum ließ er 1929 und 1934 doch noch zwei Volksabstimmungen durchführen? Corner sah die Gründe zum einen in der Beruhigung der Kritik aus dem Ausland, die wegen der Zerschlagung der italienischen Demokratie aufgekommen war, und zum anderen in der Möglichkeit, durch Referenden die „Einheit Italiens“ auf mehreren Ebenen symbolisch darzustellen. Es handelte sich dabei um öffentliche Inszenierungen der Verbundenheit von Führer und Volk, der Einheit des Volkes selbst, der Einmütigkeit

der faschistischen Bewegung und der nationalen Einheit Italiens.

Als letzter Teilnehmer dieses Panels verglich Enzo Fimiani (Pescaia) die Volksabstimmungen in den beiden faschistischen Staaten Deutschland und Italien und arbeitete neben vielen Parallelen – so wurden beispielsweise auch die italienischen Wahlen wie Volksfeste gefeiert – einige interessante Unterschiede heraus: Die Nationalsozialisten veranstalteten mehr Wahlen als die italienischen Faschisten und erreichten durch das Frauenwahlrecht sowie ihre große Propagandamaschinerie mehr Menschen. Zudem legitimierten sie durch die Referenden zumeist nachträglich ihre aggressiven außenpolitischen Schritte.

Im faschistischen Italien gab es dagegen nur drei Volksabstimmungen, denn Mussolini benutzte die Referenden im Grunde nur kurzzeitig als Vehikel zur Zerschlagung der Gewaltenteilung, während Hitler die Möglichkeiten zur Massenmobilisation und polysemantischen Instrumentalisierung von Plebisziten erkannte und perfektionierte.

Wie sieht es nun also mit der Hypothese der Veranstalter der Konferenz aus – waren die schein-demokratischen Wahlen in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts reine Propagandaphänomene? Oder können sie doch neue Einblicke in die Funktionsweise totalitärer Regime liefern?

Die Beiträge und Diskussionen auf der Konferenz zeigten eindeutig, dass Wahlen in den modernen Diktaturen mehr als eine Bedeutungsebene zugewiesen werden kann. Sie waren ein Berührungspunkt zwischen Herrschern und Bevölkerung und wirkten sowohl auf den Staat – als Legitimation und Symbol der Einheit – als auch auf die Bevölkerung ein, die in den kollektiven, festlichen Massenveranstaltungen „Wahl“ ihre Weltbilder, Sinnkonstruktionen und Gruppenzugehörigkeiten prägte.

Als weitere Funktionen von Wahlen wurden in den Konferenzpaneln die Konstruktion einer demokratischen Fassade, die Besetzung eines Pseudoparlaments, die Beruhigung des Auslandes, die politische Kommunikation mit der Bevölkerung sowie ihre Mobilisierung, Unterwerfung und Kontrolle herausgearbeitet.

Warum aber versuchten die modernen Diktaturen überhaupt, sich einen demokratischen Anstrich zu geben? Die Gründe lagen sicherlich in der Attraktivität und Modernität des Konzepts „Demokratie“ im 20. Jahrhundert, dem Druck der westlichen Demokratien und nicht selten auch in einer bereits existierenden Tradition von Wahlen und Parlamenten, die beibehalten wurde, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Svea Koischwitz

Alltag im Arbeitslager

Historische Fotos aus dem Lager Wiesenfeld aufgetaucht

Das Gliner Archiv kann sich über ein unerwartetes Geschenk freuen: Die Tochter des niederländischen ehemaligen Fremdarbeiters Abraham Poortvliet stattete dem Archiv im Juni 2009 einen Besuch ab und übergab Archivar Peter Wagner 31 historische Fotos aus dem Alltag des Arbeitslagers Wiesenfeld.¹

Das Lager Wiesenfeld war vermutlich Anfang 1942 errichtet worden, um die im Gliner Kurbelwellenwerk der Firma Krupp tätigen Fremd- und Zwangsarbeiter dort unterzubringen. Belegt war es ab Sommer 1943 mit ca. 2700 Menschen, die – streng nach ihrer Herkunftsnationalität getrennt – in verschiedenen Brackenkomplexen lebten. Die Bereiche der Russen und Polen waren mit Stacheldraht gesichert; Franzosen, Belgier und vor allem Niederländer – die teils als Fremd- und nicht als Zwangsarbeiter nach Glinde gekommen waren – genossen bessere Wohn- und Lebensbedingungen. In der Unterbringung und Versorgung spiegelte sich das generelle rassistische System der Nationalsozialisten.

Die Geschichte des Lagers Wiesenfeld ist erst ab Ende 1987 von Mitgliedern der Friedensinitiative Reinbek erforscht worden.² Zeit-

zeugenbefragungen und Aktenrecherchen erbrachten eine grobe Skizze der Lagergeschichte. „Während bei Zeitzeugen aus Glinde die ‚guten‘ Seiten der Unterbringung von Italienern, Holländern und Franzosen überwogen, zeigten die Vernehmungsprotokolle der Engländer die hässliche Seite des Lagers.“³ Die 1994 gestartete Initiative einer Projektgruppe am örtlichen Gymnasium führt erst 2001 zur Schaffung einer Gedenktafel in Gliner Bürgerhaus.

Durch die Übergabe der Fotos wird das Lagerleben nun wesentlich besser vorstellbar. Allerdings: „Hier wird der ‚gute‘ Teil des Lagers gezeigt. Theateraufführung, Päckchen-Abholung am Gliner Bahnhof [...], Barackenputz, Essenration und Sonntagsspaziergang in Holzschuhen“.⁴ Die Bilder belegen, dass die Lebensbedingungen der Niederländer tatsächlich weit besser waren als etwa diejenigen der Russen oder Polen. Sie sind ein wichtiger Teil der Lagergeschichte, denen die kaum dokumentierten Härten und Entbehrungen des Lagerlebens gegenüberstehen, die unter den Angehörigen anderer Nationen vermutlich mehrere Hundert Opfer gefordert haben. *Kay Dohnke*



Niederländische Fremdarbeiter im Lager Wiesenfeld



Das Innere einer Baracke, offenbar der Esssaal

1. 31 historische Aufnahmen aufgetaucht. In: Bergedorfer Zeitung 25.6.2009.

2. Sieghard Bußenius / Heinz Juhre, Zwangsarbeiter in Glinde. Das Lager Wiesenfeld. In: Spuren. Heft 1 der Geschichtswerkstatt Reinbek. Siehe auch Akens-Info 11 (1987), S. 42-46.

3. Brief von Heinz Juhre, Glinde 19.6.2009.

4. Brief von Heinz Juhre, Glinde 19.6.2009.



Einige der niederländischen Fremdarbeiter, ganz rechts: Abraham Poortvliet



Essensrationen, vermutlich aus Päckchen aus der Heimat



Die Niederländer beim gründlichen Putzen ihrer Baracke



Abendliches Beisammensein, möglicherweise bei einer Theateraufführung



Sonntagsspaziergang nach Reinbek



Beisammensein von Kollegen



Abholung von Päckchen am Glinder Bahnhof



Während einer Weihnachtsfeier im Lager

Spuren des Verbrechens – wieder sichtbar

Vom „Stalag X B“ zur „Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel“. Ein chronologischer Abriss

1992 zerstören Brandstifter eine Baracke des ehemaligen KZ Sachsenhausen, Ende 2003 wird ein Schuppen in Neumünster als Original-Baracke aus dem KZ Neuengamme identifiziert, ein stallähnliches Gebäude im Himmelmoor bei Quickborn entpuppt sich als ehemalige Unterkunft für jüdische Zwangsarbeiter des Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos 1416: Oft sind es bauliche Zeugnisse, die auf das Leiden der Zwangsarbeiter und Häftlinge verweisen und daher besondere Orte der Geschichte und des Diskurses darstellen.

Ein umfangreicher Gebäudekomplex – Relikte des ehemaligen „Stalag X B“ im niedersächsischen Sandbostel – wird nach langer Auseinandersetzung nun eine Dokumentations- und Gedenkstätte.

Das Lager bis 1945

Unweit von Schleswig-Holstein – auf halbem Wege zwischen Hamburg und Bremen – errichtete die Deutsche Wehrmacht in unmittelbarer Nähe eines 1932 vom kirchlichen „Freiwilligen Arbeitsdienst Deutschland“ (FAD) eingerichteten und 1933 vom „Reichsarbeitsdienst“ (RAD) übernommenen Lagergeländes bei Sandbostel zu Beginn des Zweiten Weltkrieges das „Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager X A“ (abgekürzt: Stalag X A).¹ Vor Errichtung der Lager in Schleswig (Stalag X B)², Nienburg/Weser (Stalag X C) und Wiet-

zendorf (Stalag X D) war das Stalag Sandbostel somit das erste errichtete Kriegsgefangenenlager im nordwestdeutschen „Wehrkreis X“. Im Jahre 1940 wurden die Kennungen „X A“ (ursprünglich Sandbostel) und „X B“ (ursprünglich Schleswig) getauscht, Sandbostel somit zum „Stalag X B“.

Nach dem 1. September 1939 brachte man hier zunächst britische Zivilinternierte und polnische Gefangene in Großzelten unter. Erst sukzessive entstanden in dem anfangs für 10.000 Gefangene geplanten Lager erste Steinbaracken. Doch stieg die Zahl der Kriegsgefangenen wie der Militär- und Zivil-

internierten beständig weiter: 1940 kamen belgische und französische, 1941 serbische und sowjetische Soldaten und ab 1943 italienische Militärinternierte ins Lager, nach dem Warschauer Aufstand 1944 sogar 552 weibliche Teilnehmerinnen der polnischen Erhebung. Seine höchste Belegungszahl mit 72.000 Gefangenen erreichte das Stalag X B im Jahre 1943 und war damit – trotz seines Ausbaus mit zwei weiteren Reihen Holzbaracken ab dem Sommer 1940 – völlig überfüllt; tatsächlich war es lediglich für die Aufnahme von „nur“ 30.000 Gefangenen vorgesehen. Insgesamt waren zwischen 1939 und 1945 über eine Million Kriegsgefangene aus 46 Nationen in Sandbostel inhaftiert, die von hier aus auf mehrere Hundert Außenkommandos, auf landwirtschaftliche Betriebe und in andere Stammlager weitergeleitet wurden. Zwischen 8.000 und 50.000 Menschen – die genaue Zahl ist nicht bekannt – überlebten die Gefangenschaft in Sandbostel nicht.

1943, im Jahr seiner größten Ausdehnung, existierten im 35 Hektar großen Lager über 150 Verwaltungs-, Funktions- und Unterkünftebaracken, die sich über etliche, gesondert abgesperrte Bereiche erstreckten: Im hinteren östlichen Bereich entstand zudem das „Oflag X A“, vornehmlich für Offiziere der polnischen Armee, die im Spätherbst 1941 zum Teil nach Itzehoe in Schleswig-Holstein verlegt wurden. Südlich der zentralen La-

gerstraße und streng vom Rest des übrigen Lagers isoliert entstanden zunächst für die Gefangenenommenen alliierter Schiffe das Marinelager („Marlag“) für Soldaten und das Interniertenlager („Ilag“) für Zivilisten, die ab Sommer 1941 jedoch nach Westertimke verlegt wurden, und dessen Areale nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zur Aufnahme sowjetischer Soldaten verwendet wurden. Rund 1,5 km südlich des eigentlichen Lagers errichtete die Lagerleitung in einem Moorgebiet zusätzlich das „Sonderlager“, in dem Gefangene unter härtesten Bedingungen zur Moorkultivierung eingesetzt wurden.

Die (Über-)Lebensbedingungen waren unter den nach Nationen hierarchisch gegliederten Gefangenen- und Gruppen unterschiedlich; systematische Unterernährung, mangelnde medizinische und hygienische Versorgung, grassierende Typhusepidemien und ein mordbereites Bewachungspersonal stellten bereits in den ersten Lagerjahren eine durchgehende Lebensbedrohung für die Gefangenen dar. Die zahllosen Toten wurden in Massengräbern auf dem Gelände und in der unmittelbaren Umgebung verscharrt.

Noch im April 1945 wurden rund 10.000 völlig erschöpfte KZ-Häftlinge aus Neuengamme und seinen Außenlagern in das seit 1944 unter Kontrolle der SS stehende „Stalag“ Sandbostel getrieben und dort im isolierten „Marlag“ ohne

1. Grundlegend: Werner Borgsen/Klaus Volland, Stalag X B Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland. Bremen 3. Aufl. 2003.

2. Vgl. die bis heute detaillierteste Darstellung zum Stalag Schleswig: Gerhard Hoch/Rolf Schwarz, Verschleppt zur Sklavenarbeit, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Alveslohe/Nützen 1985; sowie: Janine Dressler, Die medizinische Betreuung von Kriegsgefangenen in Schleswig-Holstein. Das Stalag XA in Schleswig und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. In: Günther Siedbürger/Andreas Frewer (Hg.), Zwangsarbeit und Gesundheitswesen im Zweiten Weltkrieg. Einsatz und Versorgung in Norddeutschland. Hildesheim 2006, S. 21 - 45.



Ehemalige hölzerne Unterkunftsbaracke der 2. Generation für sowjetische Kriegsgefangene

jegliche Versorgung dem Hunger- und Typhustod überlassen. Als die britische Armee am 29. April das Lager erreichte, war das Gelände übersät mit Sterbenden und Leichen; auch nach der Befreiung war das Sterben somit noch nicht vorbei. Ca. 3.000 KZ-Häftlinge waren in nur zwei Wochen elendig zugrunde gegangen.

Das Lager 1945 bis 1960

Die jahrzehntelange Nachnutzung etlicher Einrichtungen des Lagers bei Sandbostel ähnelt der Situation vieler Lager des „Dritten Reiches“: Nachdem die letzten überlebenden Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge im Juni 1945 das Lager verlassen

hatten, nutzten die Briten es bis 1948 als Internierungslager CIC 2 für NSDAP- und SS-Angehörige und für Mitglieder der KZ-Wachmannschaften. Bereits seit dieser Zeit sind große Teile des Lagers abgerissen und Baracken wegen Seuchengefahr niedergebrannt, die freigewordenen Flächen zu Ackerland umgewandelt worden. Anschließend richtete das Niedersächsische Justizministerium auf dem verbliebenen Gelände eine Außenstelle des Zuchthauses Celle ein. In seiner letzten Nutzung als Lager wurde das ehemalige „Stalag“ von 1952 bis 1960 für männliche jugendliche DDR-Flüchtlinge als Durchgangslager genutzt. In diesen Jahren wurden einzelne Baracken

umgesetzt und neue errichtet, u. a. entstanden eine katholische und eine evangelische Kirche.

Das Lagergelände 1960 bis 2009

Nach der Rückgabe des Geländes an die Bundesvermögensverwaltung 1960 und ursprünglichen Planungen für den Bau einer niederländischen Kaserne darauf nutzte die Bundeswehr die ehemaligen Lager-Einrichtungen 14 Jahre lang z. T. als Depot für Sanitätsbedarf, bis sie es wiederum an die Gemeinde Sandbostel verkaufte mit der Auflage, dort ein Gewerbegebiet einzurichten. In diesem 1974 ausgewiesenen Sandbosteler Gewerbegebiet mit dem idyllischen Namen „Immenhain“ siedelten sich nun etliche Betriebe z. T. in den erhaltenen historischen Baracken an, so u. a. eine Holzgroßhandlung (auf dem Gelände des ehemaligen „Marlag“), ein Militariahändler (der die meisten historischen Unterkunftsbaracken als Lager nutzte), ein Reiterhof (in der ehemaligen Küchenbaracke) und ein Tiergnadenhof (in südlich der ehemaligen Lagerstraße gelegenen Baracken), wie auch eine Straßenmeisterei des Landkreises Rotenburg (in der ehemaligen Lagerkommandantur).

Im Zuge eines Bewusstseinswandels in der bundesdeutschen

Öffentlichkeit seit den frühen 1980er Jahren stieß der Umgang mit dem ehemaligen Sandbosteler Kriegsgefangenenlager – zunächst bei Einzelnen – auf eine wachsende Unzufriedenheit. Nachdem erste Forschungsaktivitäten stattgefunden hatten, setzte sich ein Kreis stetiger zusammen kommender Interessierter für den Erhalt der historischen Gebäude und die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Lagers ein. Zugleich engagierten sich diese Aktivisten der ersten Stunde beim Empfang ehemaliger Häftlinge in Sandbostel.

Unter den Bewohnern der angrenzenden Gemeinden lösten diese Aktivitäten vielfache Skepsis und Ablehnung aus, die der 1992 in Seltsingen gegründete Verein „Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel“³ mit der Präsentation einer nachhaltig wirkenden, über drei Jahre in zahlreichen Orten Norddeutschlands gezeigten Wanderausstellung⁴ zu entkräften suchte. Im selben Jahr erreichte der Verein, dass die noch ca. 23 erhaltenen Gebäude auf dem ehemaligen Lagergelände unter Denkmalschutz gestellt wurden. Dennoch verfielen besonders die hölzernen Unterkunftsbaracken zusehends, zumal das gesamte Gelände im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte inzwischen

3. Weiterführende Informationen zur Lagergeschichte und zu den Aktivitäten des Vereins auf der vereinseigenen Internet-Seite www.gedenkstaette-sandbostel.de

4. „Das Kriegsgefangenenlager Sandbostel“. Eine Wanderausstellung des Trägervereins Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel. Die gleichnamige Begleitbroschüre von 1994 ist in zweiter aktualisierter Auflage (2004) u. a. in der Gedenkstätte zu erhalten.

unter starkem Baum- und Buschbewuchs „verwaldet“ war. Da das historische Gelände durch die Privatnutzung zunächst nicht zur Verfügung stand, richtete der Verein 1998 vorerst in Bremervörde eine Dokumentationsstätte mit Büro, Archiv und Vortragsraum ein und brachte hier auch die Wanderausstellung unter. Die zahlreichen Aktivitäten des Vereins lösten über Jahre ein reges Presseecho⁵ in der Region aus und förderten nachhaltig das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit, in der die Notwendigkeit einer Gedenkstätte Einrichtung kontrovers diskutiert wurde.

Die beharrliche Vereinstätigkeit gipfelte Ende 2004 in der Gründung der „Stiftung Lager Sandbostel“,⁶ zu der sich nach langen, teils leidenschaftlich-kontrovers geführten Diskussionen eine breit gefächerte Trägerschaft zusammenfand.⁷ Laut ihrer Zielsetzung, auf dem Gelände des ehemaligen Lagers eine Dokumentations-, Gedenk- und

Begegnungsstätte zu errichten, erwarb die Stiftung Anfang 2005 zunächst ein 2,7 Hektar großes Gelände mit neun historischen Gebäuden – darunter das bundesweit einmalige Ensemble der in Reihe stehenden sechs hölzernen Unterkunftsbaracken für sowjetische Kriegsgefangene. 2008 konnten 0,5 Hektar mit zwei Baracken aus den 1940er/1950er Jahren hinzugekauft werden.

Der Verein zog im Jahr 2007 von Bremervörde in ein zusätzlich angemietetes Gebäude („Haus Altenburg“) auf das Lagergelände, um nun vor Ort die vormals in Bremervörde gezeigte Dokumentation bis zu dem Zeitpunkt zu präsentieren, an dem sie in der nachlagerzeitlich aufgestellten „Gelben Baracke“ – zusammen mit einer geplanten Gedenk- und Begegnungsstätte – als Dauerausstellung eröffnet werden kann. Im steinernen „Haus Altenburg“ sind zunächst auch Archiv, Bibliothek und Arbeitsräume des Personals untergebracht.⁸

5. Einen Überblick über die ausgetauschten Argumente und Stellungnahmen von Befürwortern und Gegnern einer Gedenkstätte Sandbostel auf dem Areal des ehemaligen Stalag X B in Berichten etlicher regionaler und überregionaler Zeitungen findet sich auf der Homepage des Vereins „Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel“ (wie Anm. 3) unter dem Verweis News/Projekte.

6. Eine stiftungseigene Website (vgl. Anm. 3) informiert über die eigenen Aufgaben, Organe und Ziele, über die Aktivitäten seit 2006 und die Öffentlichkeitsveranstaltungen seit 2008 sowie über die laufenden Sanierungs- und Sicherungsarbeiten auf dem Lagergelände und an den einzelnen Baracken (mit vielen Fotos).

7. Die „Stiftung Lager Sandbostel“ wird getragen vom Land Niedersachsen, dem Landkreis Rotenburg/Wümme, der Samtgemeinde Selsingen, der Gemeinde Sandbostel, der evangelischen Kirchengemeinde St. Lamberti, Selsingen, dem Verein „Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel“, dem Verein „Pro Europa“, dem Verein „Geschichtsfreunde Sandbostel“ und dem Landesverband des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

8. Die Stiftung ist in unterschiedlicher Bestallung personell bislang ausgestattet mit einem Projektkoordinator/Leiter, einem pädagogischen Leiter, einem Historiker, einem Mitarbeiter für Archiv und Bibliothek und zwei Gästeführern.



Zeitspuren am ehemaliger Unterkunftsbaracke vor der Sanierung

Neben der künftigen Dokumentations-, Gedenk- und Begegnungsstätte in der „Gelben Baracke“ ist, dem Konzept der Stiftung folgend,⁹ eine öffentlichkeitswirksame Nutzung des erworbenen Geländes und der zum Teil stark verfallenen Gebäude nach Abschluss einer zurzeit laufenden Sanierung vorgesehen. Künftig soll durch das Ensemble der erhaltenen bzw. sanierten Baracken als den größten Exponaten der Dokumentation die nachhaltige Vermittlung eines lagerzeitlichen Eindrucks möglich sein. Der Leiter der Gedenkstätte, Andreas Ehresmann, betont mit Hinweis auf den maroden Zustand der historischen

Baracken: „[In] ihrem fast als pittoresk zu bezeichnenden Erscheinungsbild wirken die Gebäude u. a. aufgrund der Patina und des Verfallszustands wie aus der Lagerzeit in die Gegenwart transloziert. Es ist festzustellen, dass diese spezifische Figuration eine große Wirkungsmacht auf Betrachterinnen und Betrachter hat.“¹⁰ Im Einzelnen sieht das Konzept u. a. die Bereitstellung dreier Unterkunftsbaracken und einer Latrinenbaracke als Schaubaracke, die ehemalige Lagerküche A als Veranstaltungsraum und die CVJM-Baracke für eine Ergänzungsausstellung zur Geschichte des Durchgangslagers für

9. Andreas Ehresmann, Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel. Gedenkstättenkonzeption. Sandbostel 2008.

10. Ebd., S. 9.



Nachlagerzeitliche Raumaufteilung der hölzernen ehemaligen Unterakunftsbaracken durch massive Flurwände



Unsanierte Boden- und Deckenbereiche im Innenraum einer ehemaligen Unterakunftsbaracke

jugendliche DDR-Flüchtlinge vor. Die Gestaltung der umliegenden Freiflächen, die aus privatrechtlichen Gründen zunächst nur auf dem begrenzten Stiftungsgelände umgesetzt werden kann, umfasst – nach der abgeschlossenen Rodung des Baum- und Strauchbestandes – die Kennzeichnung der Grundrisse abgetragener Lagergebäude, die Freilegung des lagerzeitlichen Wegenetzes, eine Umzäunung des Stiftungsgeländes und die Installation von Informationstafeln, auf denen der Besucher künftig Erläuterungen zu Lagerbereichen, zu Gebäuden und zu archäologischen Grabungen

zur Zeit des Kriegsgefangenenlagers und des KZ-Auffanglagers sowie zu den vielfältigen Nachkriegsnutzungen vorfinden wird.

Bereits während der aktuell laufenden Sanierungsarbeiten findet intensive Öffentlichkeitsarbeit¹¹ – u. a. mit regelmäßigen sowie zu buchenden Führungen, schulischen und außerschulischen Bildungsmaßnahmen – auf dem Gelände statt, so dass die mehr als verdoppelte Besucherzahl des Jahres 2007 mit über 5.000 Besuchern im Jahre 2008 im nachfolgenden Jahr übertroffen werden dürfte.

Nils Hinrichsen

¹¹ Das Stiftungsgelände ist jederzeit zugänglich. Infos zu Öffnungszeiten der Dokumentationsstätte, Rundgängen und Führungen: Tel. 04764/810 520.



Alle Fotos: Nils Hinrichsen

Freiraumgelände zwischen ehemaligen Unterakunftsbaracken vor Abschluss der Bodensanierung



Ehemalige Unterkuftsbaracke „z4“ (Nutzung als Depot der Gedenkstätte)



Ehem. Unterkuftsbaracke „z2“, bis auf die Giebelseiten dem „kontrollierten Verfall“ überlassen



Massive ehemalige Unterkuftsbaracken der 1. Generation, außerhalb des Stiftungsgeländes gelegen



Seitenflügel der ehemaligen Lagerküche A. Anbau mit Schriftzug „Speisesaal“ aus der Zeit des Durchgangslagers für DDR-Flüchtlinge

„Erinnerung bewahren“

Rendsburger Schulausstellung zum Thema *Skaven- und Zwangsarbeiter aus Polen 1939–1945*. Ein Erfahrungsbericht

Am 3. Juni 2009 begann in der Christian-Timm-Regionalschule in Rendsburg die einzige schleswig-holsteinische Station der Wanderausstellung *Erinnerung bewahren*, die durch eine Veranstaltungsreihe und einen Kreativwettbewerb für Schülerinnen und Schüler zum Schicksal polnischer Zwangsarbeiter ergänzt wurde. Der Wettbewerb endete im November mit dem Besuch polnischer und belarussischer Jugendlicher.

Veranstalter für dieses Gesamtprojekt in Schleswig-Holstein waren die Christian-Timm-Regionalschule mit Unterstützung ihrer Offenen Ganztagschule und die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein. Bis zum 27. Juni konnte die Ausstellung mit dem Motto „Man hat euch das Leben genommen, heute schenken wir euch einzig unsere Erinnerung“ in der Aula der Schule besichtigt werden.

Fotos, Dokumente und reale Objekte zeigten Schicksale polnischer Männer, Frauen und Kinder, die gezwungen worden waren, Zwangs- und Sklavenarbeit auf dem Gebiet des „Dritten Reichs“ zu leisten. Nationalsozialistische Propagandaplakate und Flugblätter, Originale von Amtsdokumenten, Verordnungen, Appelle und Pressemitteilungen sowie persönliche Briefe

und Andenken zeugten davon, welche Auswirkungen die Zwangsarbeit auf einzelne Menschen hatte.

Die polnischsprachige Version der Ausstellung war 2005 im Warschauer Königsschloss feierlich eröffnet worden. 2007 war dann in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit der Stiftung „Topographie des Terrors“ in Berlin eine deutschsprachige Version ausgearbeitet und im Berliner Rathaus gezeigt worden. In Rendsburg ergänzte ein „regionales Fenster“ mit Beispielen aus Schleswig-Holstein diese Ausstellung, das unter Leitung des Verfassers von Schülern der Christian-Timm-Regionalschule erarbeitet wurde. Etwa 600 Personen besuchten die Ausstellung, darunter viele Schülerinnen und Schüler. Erwünscht hatten sich die Veranstalter einen stärkeren Besuch anderer Schulen; hinderlich dafür war sicherlich der Zeitpunkt kurz vor den Sommerferien. Zahlreiche Kinder ehemaliger Arbeitgeber, aber auch Betroffener kamen, um sich genauer zu informieren, und zeigten teilweise eigene Erinnerungsstücke.

Begleitend zur Ausstellung fanden in den Räumen der Offenen Ganztagschule fünf Vortragsveranstaltungen statt. Zwischen 10 und 20 Personen nahmen daran teil; es



Foto: Bernd Boeckmann

Dokumentenfülle: die Exponate füllten mehrere Stellwände

gelang aber auch nicht, alle Veranstaltungen in die Tagespresse zu bekommen. Die Intensität der jeweiligen Diskussionen mag durch die überschaubare Zahl der Teilnehmer begünstigt gewesen sein.

Am 4. Juni 2009 berichtete Beate Niemann, Tochter des Berliner Kriminalpolizisten und späteren Gestapo-Chefs von Belgrad, Bruno Sattler, über ihre Spurensuche, die sie in dem Buch *Mein guter Vater – Mein Leben mit seiner Vergangenheit. Eine Täter-Biographie* (erstmalig 2005 erschienen) schildert. Am Abend wurde auch der Dokumentarfilm *Der gute Vater – eine Tochter klagt an* (2003) von Yoash Tataru über Niemanns Spurensuche vorgeführt. Eine besondere Spannung

erhielt die Veranstaltung, da sich unter den Gästen die Töchter eines weiteren Täters, aber auch eines Opfers befanden.

Eine Woche später trug Uwe Fentsahm zum Thema *Zwangsarbeit 1939–1945 – Erinnerungen und Reaktionen am Beispiel der Gemeinde Wattenbek* vor. Bereits 1995 hatte er einen Zeitzeugenbesuch mitorganisiert. Drei Männer waren an den Ort zurückgekehrt, an dem sie unfreiwillig einen Teil ihrer Jugend hatten verbringen müssen.

Die Jahre in Deutschland hatten sehr schwere Folgen für mich hieß der Titel der Veranstaltung am 18. Juni. Der Verfasser spannte in seinem Vortrag einen Bogen. Ausgehend von der zeitweiligen Nutzung



Foto: Bernd Beckmann

Reges Interesse: Die Ausstellung sprach auch jugendliche Besucher an

der Christian-Timm-Schule als „Entlausungseinrichtung“, erläuterte er dann die Situation der ZwangsarbeiterInnen im Rendsburger Raum und in Schleswig-Holstein.

Dem Thema *Bildungsarbeit über den Nationalsozialismus und die Rolle der Schule: Lernen und Erinnern = Wissen und Handeln?* widmete sich am 24. Juni Dr. Oliver von Wrochem, Leiter des Studienzentrums der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg. Er ging der Frage nach, ob Menschen aus der Geschichte für die Gegenwart lernen können. Seine Ausführungen verursachten nachdenkliche Ge-

sichter bei den anwesenden Lehrkräften.

Zum Abschluss der Vortragsreihe informierte Janine Dressler am 25. Juni über das Schicksal von Kindern ehemaliger Zwangsarbeiterinnen, die in Deutschland geboren wurden. Im Projekt „Die Wahrheit über unsere Geburt in Deutschland erzählt uns Mutter nie im Leben“ berichteten Kinder, die heute längst Rentner sind, über ihre Ankunft in der Ukraine nach 1945 und ihren Alltag in der ehemaligen Sowjetunion. Das Erzählte zeigte die Aktualität eines in der Forschung bisher wenig beachteten Themas.

In einer Festveranstaltung am 24. September 2009 in der Aula der Christian-Timm-Regionalschule fand im Beisein des Rendsburger Bürgermeisters Andreas Breitner und einer Vertreterin der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ die Preisverleihung für den Kreativwettbewerb statt. Als Gast las die ehemalige Zwangsarbeiterin Katarzyna Frankowska aus Wroclawec/Polen aus ihrer Biografie. Sie hatte in der NS-Zeit in Heide, Lunden, Garding und Tönning Zwangsarbeit leisten müssen. Insgesamt 47 Schülerinnen und Schüler der Christian-Timm-Schule, eine Grundschule aus Pinneberg sowie Jugendliche aus Minsk und Grabowiec/Ostpolen hatten Beiträge eingereicht. Angesichts der Qualität und Vielfalt entschieden die Veranstalter, allen einen Preis zu verleihen.

„Ihr habt euch mit der neuesten Geschichte auseinandergesetzt und auf diese Weise euer Wissen über dieses dunkle Kapitel bereichert. Dabei habt ihr sehr gute Arbeit geleistet, denn dank eures Engagements und euer Kreativität kann die Erinnerung an das Schicksal der polnischen Zwangsarbeiter wach gehalten werden“, bedankte sich Dariusz Pawłoś Vorsitzender der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, bei den Teilnehmern schriftlich. „Was an dieser Schule gegen das Verdrängen und Vergessen dieses Teils der Geschichte ge-

leistet wird, verdient großes Lob – genauso wie die eingereichten Werke“, ergänzte Bürgermeister Breitner und äußerte den Wunsch, die Beiträge im Rathaus ausstellen zu können.

Vom 23. November bis 7. Dezember 2009 bestand dann für die Öffentlichkeit die Möglichkeit, die Wettbewerbsbeiträge im Foyer des Rendsburger Rathauses in Augenschein zu nehmen. Die polnischen und belarussischen Jugendlichen waren als Anerkennung nach Rendsburg eingeladen, und zur Eröffnung berichteten sie kurz über ihre Arbeiten. Während ihres Aufenthaltes besuchten sie gemeinsam mit ihren gastgebenden Schülerinnen und Schülern u.a. die Gedenkstätte Neuengamme und erhielten dort Führungen in der Heimatsprache.

Der Umfang des Projektes sprengte teilweise die schulischen Möglichkeiten und war nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartnern zu realisieren.

Die Einladung von Schülerinnen und Schülern nach Grabowiec zu einem Gegenbesuch bildet gleichzeitig den schönen Abschluss und Beginn eines neuen Projekts.

Rolf Schwarz

Der Verfasser hat das historische Projekt als Lehrer an der Christian-Timm-Regionalschule federführend betreut.